

Kurzbericht über die Sitzung des Gemeinderates

Sitzung vom 6. Februar 2025

Öffentlicher Teil:

1. Zustimmung zur Wahl zum Abteilungskommandanten und stellvertretenden Abteilungskommandanten der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr Backnang-Maubach

Einstimmiger Beschluss entsprechend Sitzungsvorlage – Nr. 004/25/GR

2. Beratung der haushaltsrelevanten Anträge und Beschlussfassung des Haushaltsplans/-satzung 2025

Der Antrag AN/024/24 der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion:

„Die Grundsteuer ist eine verlässliche Einnahmequelle. Wir beantragen folgende Hebesätze:

2025: 350%

2026: 370%

2027: 390%

2028: 405%“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/026/24 der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion:

„Beim Starkregenereignis in Schöntal waren Schlepperfahrzeuge für den Bauhof nicht verfügbar und mussten umständlich ausgeliehen werden. Die Verwaltung zeigt auf welche Fahrzeuge verfügbar sind und wie eine Synergie mit der Friedhofsverwaltung hergestellt werden kann.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Der Antrag AN/039/24 der JL-Fraktion:

„Wir beantragen die Anschaffung eines Radbaggers für maximal 100.000€ für die gemeinsame Nutzung durch den städtischen Baubetriebshof und die Friedhofsverwaltung. Kostendeckung über nicht benötigte Mittel der Produktsachkonten 42710030 in 57.50.0201, 43180000 in 56.10.0700 (Nichtverlängerung des Programms aus Haushaltsjahr 2024) und außerplanmäßigen Einnahmen im 2025“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

3. Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2025, des Finanzplans mit Investitionsprogramm 2025 - 2028 der Stadt Backnang, sowie der Wirtschaftspläne 2025 und der Finanzpläne mit Investitionsprogramm 2025 - 2028 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung

Mehrheitlicher Beschluss bei drei Gegenstimmen entsprechend Sitzungsvorlage – Nr. 008/25/GR

4. Beratung der im Rahmen der Haushaltsreden gestellten Anträge

Der Antrag AN/008/24 der SPD Fraktion:

„Die Verwaltung prüft, ob und ggf. wie die Gründung eines genossenschaftlich organisierten Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) möglich ist.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/009/24 der SPD Fraktion:

„Die Verwaltung berichtet über noch nicht barrierefreie Fuß- und Radwege und informiert über geplante Verbesserungen.“ wurde eingebracht und in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Der Antrag AN/010/24 der SPD Fraktion:

„Die Verwaltung stellt das wiederholt angemahnte gesamtstädtische Verkehrsinfrastrukturkonzept vor, das nicht nur die derzeit geplanten bzw. in der Realisierungsphase befindlichen Projekte einbezieht, sondern auch die nach wie vor ausstehenden Maßnahmen (insbesondere Blumenstr. und Stuttgarter Str.).“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/011/24 der SPD Fraktion:

„Die Verwaltung errichtet eine ‚Vereinshütte‘, die von örtlichen Organisationen/Vereinen als ‚Geselligkeitsangebot‘ (ggf. mit Bewirtung) genutzt werden kann (z.B. an der Annonayanlage oder der Bácsalmasanlage).“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/012/24 der SPD Fraktion:

„Die Verwaltung berichtet zeitnah über die konkreten weiteren Schritte zur lange geplanten Verkehrsberuhigung in der Grabenstr., nachdem die entsprechende Grundsatzentscheidung des Gemeinderats gefallen und eine weitere Verzögerung nicht begründet ist.“ wurde eingebracht und in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Der Antrag AN/013/24 der SPD Fraktion:

„Die Verwaltung legt einen konkreten und belastbaren Zeitplan für die Realisierung des notwendigen Ersatzbaus nach Abriss des maroden Schulpavillons am Max-Born-Gymnasium vor und prüft eine mögliche Beteiligung der Umlandgemeinden.“ wurde eingebracht und in die Klausurtagung verwiesen.

Der Antrag AN/014/24 der SPD Fraktion:

„Die Verwaltung erhöht die Verkehrssicherheit im Bahnhofsbereich durch Einrichtung einer Lichtsignalanlage für Fußgänger an der Einmündung von Oberer Bahnhofstr. und Bahnhofstr. (ggf. provisorisch bis zur endgültigen Neugestaltung Bahnhofsvorplatzes).“ wurde eingebracht und in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Der Antrag AN/015/24 der SPD Fraktion:

„Die Verwaltung legt das mehrfach beantragte Konzept für ein ‚Grünes Band‘ entlang der Talstraße (Bácsalmasanlage) vor.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/016/24 der SPD Fraktion:

„Die Verwaltung berichtet, welche Maßnahmen die Stadt Backnang getroffen hat, um auf außergewöhnliche Einsatzlagen (Hochwasser, Starkregen etc.) adäquat reagieren zu können.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/017/24 der SPD Fraktion:

„Die Verwaltung entwickelt in Kooperation mit dem Landkreis ein Konzept zur lokalen Einspeisung des Stroms (z.B. Steinbach), der auf der PV-Anlage der Deponie Steinbach erzeugt wird.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/018/24 der Bündnis 90/Die Grüne Fraktion:

„Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert einen Bericht wieviel Strom aus erneuerbarer Energie bezogen wird (mit städtischem Gebäudebezug)“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/019/24 der Bündnis 90/Die Grüne Fraktion:

„Eine lebendige Demokratie erfordert die aktive Beteiligung aller Bürger. In der letzten Zeit wurden Sitzungen oft mit so vielen Tagesordnungspunkten versehen, dass einzelne Sitzungen sich bis weit nach 22 Uhr hinzogen. Wir möchten, dass im Gemeinderat die ganze Vielfalt der Gesellschaft vertreten sein kann. Berufstätige, die am nächsten Tag in Stuttgart arbeiten können nicht bis nach 22 Uhr den Sitzungen beiwohnen. Wir fordern die Verwaltung auf die Sitzungen so zu planen, dass Sie spätestens um 22 Uhr zu Ende sind!“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/020/24 der Bündnis 90/Die Grüne Fraktion:

„An der Mörikeschule und an der Tausschule kommt es regelmäßig zu gefährlichen Situationen bei Schulanfang und Schulende. Die Verwaltung prüft eine Einbahnstraßenregelung in Richtung Schöntaler Straße und am Seelacher Weg in Richtung Kolbergstraße.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/021/24 der Bündnis 90/Die Grüne Fraktion:

„Bei der Schul- und Kindergartenverpflegung sind wir in Backnang einen guten Schritt vorangekommen. Wir beantragen, dass der Preis für Mensaessen nicht höher sein darf wie für ungesunde Ernährung mit Donuts und Co.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/022/24 der Bündnis 90/Die Grüne Fraktion:

„Photovoltaikanlagen sind ein zentraler Baustein zur Klimaneutralität. In diesem Bereich sind wir schon ein ganzes Stück weitergekommen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert eine erneute Förderung von PV-Anlagen in Privatbesitz und eine Erweiterung auf Zaun und Fassadenanlagen.“ wurde mehrheitlich bei vier Gegenstimmen abgelehnt.

Der Antrag AN/023/24 der Bündnis 90/Die Grüne Fraktion:

„In Backnang gibt es viele bebaubare Grundstücke, die nicht bebaut sind. Die Verwaltung stellt uns die Grundstücke vor. Wir beantragen eine Grundsteuer C für diese Grundstücke.“ wurde nach Stellungnahme der Verwaltung zurückgezogen.

Der Antrag AN/025/24 der Bündnis 90/Die Grüne Fraktion:

„Das Anwohnerparken in den Straßen ist viel zu günstig. Die Verwaltung zeigt auf wie die Einnahmesituation der Stadt (auch in Wohngebieten) verbessert werden kann.“ wurde eingebracht und in die Klausurtagung verwiesen.

Der Antrag AN/027/24 der Bündnis 90/Die Grüne Fraktion:

„Viele Wohnungen oder sogar Häuser stehen viele Monate oder sogar viele Jahre leer. Die Rückführung dieser Wohnungen in den Wohnungsmarkt ist von großem allgemeinem Interesse. Wir beantragen die Entwicklung einer Leerstandsabgabe.“ wurde nach Stellungnahme der Verwaltung zurückgezogen.

Der Antrag AN/028/24 der AfD-Fraktion:

„Die Stadt Backnang möge unter bestimmten Voraussetzungen auf die Erhebung einer Hundesteuer für Personen in Not in Einzelfällen auf Antrag verzichten.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/029/24 der AfD-Fraktion:

„Wir bitten um Auskunft über die Kosten für Mietaufwand, Unterbringung, Integration und Verwaltungsaufwand von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Sofern die Kosten nicht genau zu ermitteln sind, beantragen wir, hierfür entsprechende Kontengruppen und-arten einzurichten.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/030/24 der AfD-Fraktion:

„Wir beantragen, dass die Stadtverwaltung kurzfristig eine öffentliche Sitzung zum Thema Gasversorgung, insbesondere einen eventuellen Rückbau des Gasleitungsnetzes, einberaumt.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/031/24 der AfD-Fraktion:

„Wir beantragen erneut die Einrichtung einer Video-Überwachung von Altglas-, Altkleider- und Papiercontainern nach Ludwigshafener Vorbild.“ wurde eingebracht und in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Der Antrag AN/032/24 der JL-Fraktion:

„Errichtung einer Liegewiese an der Murr in der Innenstadt (Flussabwärts des Wehrs am Willy-Brandt-Platz am Südufer der Murr). Dies kann durch regelmäßige Mäharbeiten naturnah und kostengünstig und mit Hilfe eines schottbaren Durchgangs auch im Sinne des Hochwasserschutzes realisiert werden.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/033/24 der JL-Fraktion:

„Wir beantragen die Einrichtung von kostenlosem WLAN auf der Liegewiese des Backnanger Freibads.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/034/24 der JL-Fraktion:

„Die Stadtverwaltung versteht sich als Dienstleister der Backnanger Einwohner. Dies soll sich auch in den Öffnungszeiten des Backnanger Bürgeramtes widerspiegeln. Deshalb beantragen wir die Öffnungszeiten des Bürgeramtes nach vorheriger Terminvereinbarung auf Samstagvormittag zu erweitern. Im Gegenzug sollen die Öffnungszeiten an anderen Tagen (oder auch an einem gesamten Tag) entsprechend angepasst werden, um drastische Mehrkosten zu vermeiden“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/035/24 der JL-Fraktion:

„Wir beantragen die Aktualisierung des Hochwasseralarmplans der Stadt Backnang bis zum 01.06.2025.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/036/24 der JL-Fraktion:

„Das Parken auf öffentlichen Flächen z.B. auf Straßen in Wohngebieten, verursacht Kosten für die Allgemeinheit. Für Bewohner der Innenstadt gibt es bereits die Möglichkeit Anwohnerparkausweise zu erwerben. Wir beantragen deshalb die Einführung von Anwohnerparkausweisen im gesamten Stadtgebiet. Dadurch können Mehreinnahmen generiert werden, die den Haushalt entlasten.“ wurde eingebracht und in die Klausurtagung verwiesen.

Der Antrag AN/037/24 der JL-Fraktion:

„In Zeiten der haushalterischen Knappheit ist es besonders wichtig auf die Kosten zu achten. Wir beantragen deshalb die Halbierung aller Grenzwerte in der Tabelle unter §9 (1) der Hauptsatzung der Stadt Backnang genannten Werte in den Spalten 3 bis 6.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/038/24 der JL-Fraktion:

„In Gemeinderatssitzungen ist es üblich, dass alle Amtsleiterinnen und Amtsleiter anwesend sind. Dies führt zu erheblichen Mehrkosten bei überschaubarem Zusatznutzen. Wir beantragen deshalb nur jene einzuladen, zu deren Sachgebiete es explizite Tagesordnungspunkte gibt. Nach unseren Berechnungen könnten hier mindestens 10.000€ im Jahr in Form von Arbeitsstunden eingespart werden.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/040/24 der JL-Fraktion:

„Wir beantragen, dass jedes mobile Blitzgerät der Stadt Backnang mindestens eine Woche pro Monat im Bereich von Schulen oder Kitas aufgestellt wird. Die Verwaltung berichtet jährlich über die Verstöße hierzu.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/041/24 der JL-Fraktion:

„Wir beantragen die Prüfung von möglichen Standorten für die Aufstellung von öffentliche Basketballkörben“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/042/24 der CDU-Fraktion:

„Wir beantragen zur Bewältigung der anstehenden finanziellen und inhaltlichen Herausforderungen die Einsetzung einer Haushaltsstrukturkommission.“ wurde eingebracht und in die Klausurtagung verwiesen.

Der Antrag AN/043/24 der CDU-Fraktion:

„Die Digitalisierung im Bürgerservice muss effizienter, barrierefrei und bürgerfreundlicher werden. Wir fordern einen Sachstandsbericht zu den geplanten Maßnahmen. Außerdem bitten wir um Information, was von den beantragten Abholterminals bereits umgesetzt ist.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/044/24 der CDU-Fraktion:

„Die Hallen und Sportplatzgebühren §3 Absatz 1 für den sportlichen Bereich sollten überarbeitet werden. Zum Beispiel sollten bei Kinder- und Jugend-Veranstaltungen, die außerhalb verbandsseitig vorgeschriebener Punktspiele, Wertungsspiele oder Meisterschaften stattfinden, sowie internen Meisterschaften oder sonstigen Non-Profit Veranstaltungen, der Ansatz eines reduzierten Hallenmietpreises geprüft werden. Diese Veranstaltungen sind sonst nicht mehr zu finanzieren.“ wurde eingebracht und in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Der Antrag AN/045/24 der CDU-Fraktion:

„Die Ausstattung unserer Schüler mit Tablets konnte in Backnang erfolgreich umgesetzt werden. Diese sollten nachhaltig genutzt werden, es fallen für die Betreuung und Ersatzbeschaffung dauerhafte Kosten für die Stadt an. Wir bitten um einen Sachstandsbericht über die Medienentwicklungspläne unserer Schulen und die Nutzung der angeschafften Tablets.“ wurde eingebracht und in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Der Antrag AN/046/24 der CDU-Fraktion:

„Wir beantragen, dass zukünftig im regelmäßigen Turnus von 2 Jahren überarbeitet wird, ob die Kalkulation der Gebühren wie zum Beispiel Friedhofsgebühren, Hundesteuern usw. den steigenden Kosten noch angepasst sind.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/047/24 der CDU-Fraktion:

„Wir beantragen ein Maßnahmenbündel zum Thema Starkregenereignisse:

- Auf der Grundlage der Starkregengefährdungskarten müssen besonders gefährdete Bereiche und Objekte (Maß der Betroffenheit) ermittelt werden. Gemeinderat und Verwaltung erarbeiten eine Prioritätenliste, welche Maßnahmen im öffentlichen Raum durchzuführen sind. Auf die Zuschusssituation muss geachtet dabei werden.*
- Die Verwaltung begleitet die Maßnahmen auf privaten Flächen durch intensive Beratung und regelmäßig stattfindende Informationsveranstaltungen.*
- Bei der Planung von Neubaugebieten und von Nachverdichtungen bzw. Entsieglungsmaßnahmen in Bestandsgebieten müssen die Anforderungen des Starkregenmanagements verstärkt berücksichtigt werden. Dabei sind einzuhaltende Standards festzulegen.*
- Die getroffenen Maßnahmen sind in der jeweiligen Begründung darzulegen.*
- Bei der Planung von Infrastrukturmaßnahmen muss von der Verwaltung geprüft werden, welche Maßnahmen zum Schutz vor Überflutungen sich sinnvoll mit umsetzen lassen. Wie sieht es bei unseren aktuellen Bauvorhaben aus? Dazu wünschen wir einen zeitnahen Bericht.*
- Die Verwaltung erarbeitet ein Krisenmanagement für den Fall eines Starkregenereignisses.*
- Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat regelmäßig über den Stand des Starkregenmanagements.“* ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/048/24 der CDU-Fraktion:

„Gemeinsam mit dem Gemeinderat erarbeitet die Stadtverwaltung Maßnahmen gegen die Überhitzung der Stadt. Unter anderem sollten wir auch einen Plan haben, wie wir in den Hitzesommern unsere besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen wie ältere Menschen oder Kinder noch besser schützen und im Extremfall auch temporär begleiten oder unterbringen können. In regelmäßigen Abständen berichtet die Stadtverwaltung dem Gemeinderat über den Stand der umgesetzten Maßnahmen.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/049/24 der CDU-Fraktion:

„Neben der Erzeugung von Strom aus regenerativen Energien rückt die Verfügbarkeit vor Ort immer mehr in den Fokus. Die Verwaltung, gemeinsam mit den Stadtwerken Backnang und der Bürger-Energiegenossenschaft, prüfen, inwieweit Energiespeicher gefördert werden können“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/050/24 der CDU-Fraktion:

„Zur Bewältigung der Energie- und Wärmewende müssen Investitionen in das Stromnetz und die Nahwärmenetze getätigt werden. Die Stadtwerke und die Verwaltung berichten in regelmäßigen Abständen im Gemeinderat über den Stand der Planungen und der umgesetzten Maßnahmen.“ wurde eingebracht und in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Der Antrag AN/051/24 der CDU-Fraktion:

„Innerorts sind nachhaltige Straßen, Geh- und Radwegsanierungen, die allen Verkehrsteilnehmern zugutekommen, weiterhin erforderlich. Wir beantragen, dass wir uns einmal wieder mit der Prioritätenliste beschäftigen und fragen uns, ob das Vialytics System überhaupt noch im Einsatz ist.“ wurde eingebracht und in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Der Antrag AN/052/24 der CDU-Fraktion:

„Außerdem beantragen wir einen Friedhofsentwicklungsplan, der unter anderem die Frage der Umwidmung von absehbar nicht mehr benötigten Flächen klärt.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/053/24 der CDU-Fraktion:

„Wir hätten gerne einen Sachstandsbericht wie das Stadtticket derzeit angenommen wird.“ ist mit Stellungnahme der Verwaltung beantwortet.

Der Antrag AN/054/24 der CDU-Fraktion:

„Wir hätten gerne einen Sachstandsbericht über die umgesetzten Maßnahmen des Mostviertels.“ wurde eingebracht und in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Der Antrag AN/055/24 der CDU-Fraktion

„Wir bitten um einen Sachstandsbericht über die zukünftigen Weiterentwicklungen des Naherholungsgebiets Plattenwald.“ wurde eingebracht und in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

5. Annahme von Zuwendungen

Einstimmiger Beschluss entsprechend Sitzungsvorlage – Nr. 007/25/GR

